

1. Theorie der Transformation

Too often, outside observers have first created their image of Russia, and then located the appropriate facts and personalities to support their construction. To get Russia right, we must seek to understand it as it understands itself, not as we might wish it to be.

NIKOLAS K. GVOSDEV, 2004

Davno pora, ebëna mat', umom Rossiju ponimat'.

IGOR GUBERMAN¹

1.1 URSPRÜNGE EINER „WISSENSCHAFT“: TOTALITARISMUS UND TOTALITARISMUSFORSCHUNG

Demokratisierung und Demokratieförderung stehen nicht erst seit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Regimes in Osteuropa auf der politischen und wissenschaftlichen Agenda. Der weiterhin aktuelle Forschungsstrang, der sich mit der „Dritten Welle“ der Demokratisierung (Huntington 1991) befasst, hat jene Prozesse zum Gegenstand, die mit der portugiesischen Nelkenrevolution von 1974 beginnen. Doch der Ursprung der wissenschaftlich-politischen Auseinandersetzung mit diesen Themen reicht weiter zurück, mindestens bis in die Anfänge des Kalten Krieges. In dieser Zeit entwickelte sich eine spezifische

1 „Es ist höchste Zeit, ihr Hurensöhne, Russland mit dem Verstand zu begreifen“, in Anspielung auf Umom Rossiju ne ponjat' – „Mit dem Verstand kann Russland nicht begriffen werden, an Russland kann man nur glauben.“ (Fëdor Tjutčev, 1866)

Ausprägung der Auseinandersetzung mit Demokratisierung und Demokratieförderung, die wissenschaftliche Analyseinstrumente eng mit politischen Ideen und deren Umsetzung verknüpfte.²

Der Totalitarismus-Begriff bietet einen anschaulichen Ausgangspunkt für diese Entwicklung. Giovanni Amendola benutzte ihn bereits 1923 in einem Artikel für *Il Mondo*, um das sich im faschistischen Italien abzeichnende politische System zu beschreiben; auch Giovanni Gentile arbeitete den Begriff weiter aus (Gleason 1995: 14ff.). Der Begriff fand in den 1930er Jahren wachsende Verbreitung und setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg weiter durch, nicht zuletzt dank der wegweisenden Arbeiten von Hannah Arendt (1955). In den USA wurde „Totalitarismus“ besonders durch die nicht-stalinistische Linke aufgegriffen, da dieser daran gelegen war, die Diskrepanz zwischen dem totalitären „kommunistischen“ System in der UdSSR und den kommunistischen Ideen als solchen aufzuzeigen (Adler & Paterson 1970).

Die unter dem Label des Totalitarismus erfolgte Gleichsetzung zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus beziehungsweise Kommunismus generell führte dazu, dass der Begriff von einem Analyseinstrument bestehender Regimes zu einem ideologischen Terminus wurde (Traverso 2002: 87). Viele linke amerikanische Intellektuelle (die später zur *Old Left* werden sollten), insbesondere um Max Shachtman, schlossen sich so dem liberalen Mainstream der 1950er Jahre an. Sie wurden zu einem nicht unbedeutenden Teil des sozialen Fundaments der antikommunistischen Strategien des US-Außenministeriums und damit der Außenpolitik insgesamt, die Demokratieförderung in den Mittelpunkt ihrer Anstrengungen stellte. Diese linken Aktivisten sahen im „Modell Amerika“ oft nichts weniger als ein Durchgangsstadium zum Sozialismus, da zum Beispiel die soziale Frage erfolgreich gelöst sei. (Guilhot 2005: 37ff.; Gleason 1995: 190ff.)

1.2 SOZIALWISSENSCHAFTEN IM KALTEN KRIEG

Die US-amerikanischen Sozialwissenschaften spielten auf der ideologischen Ebene des Kalten Krieges eine zentrale Rolle. Modernisierungstheorie und Strukturfunktionalismus waren die wichtigsten Waffen in ihrem begrifflichen Arsenal. Aus ihnen heraus entwickelten sich die Forschungsprogramme der *Area*

2 „The notion that democracy is [...] an idea that must be defended and promoted through modern means of communication and propaganda, political technologies, and cultural production [...] goes back to the configuration of the Cold War as a struggle [...] between liberal democracy and totalitarianism.“ (Guilhot 2005: 33)

Studies (darunter insbesondere die Subdisziplin der *Soviet Studies*) und *Comparative Politics*. Verschiedene Institutionen, Ministerien und Stiftungen förderten eine empirische, pragmatische, im Weber'schen Sinne „wertfreie“,³ kompromiss- statt konfliktorientierte Sozialwissenschaft, die sich explizit von der marxistischen Sozialtheorie distanzierte. Die Modernisierung, so wie sie besonders die USA erlebt hatten, verschärfte soziale Konflikte nicht – im Gegenteil: Soziale Konflikte würden gezähmt und kompensiert über die Mechanismen eines Marktes, der Wohlstand für alle garantiert, und über die demokratischen Mitbestimmungsrechte. Modernisierungstheorien wurden so zum Antidot gegen den Kommunismus und zur neuen Folie, vor deren Hintergrund sozialer Wandel interpretiert wurde.

Ein weiterer, für die Verbreitung der Modernisierungstheorie entscheidender Strang war die nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA aufkommende Debatte um Entwicklung und Entwicklungshilfe. Einerseits ging es darum, alte Absatzmärkte zu halten und neue dazu zugewinnen, andererseits darum, einen möglichen sowjetischen Einfluss zurückzudrängen (Rollback). Die Modernisierungstheorie lieferte die wissenschaftliche Legitimation für *State-Building*-Programme und für die Förderung kapitalistischer Wirtschaftsformen im Ausland. (Guilhot 2005: 106)

1.3 MODERNISIERUNGSTHEORIE

Wichtige Vordenker der Modernisierungstheorie waren Walt Rostow und Talcott Parsons. Rostow legte mit seinem *Non-Communist Manifesto* ein vorrangig ökonomisches Werk vor, das verschiedene, universelle ökonomische Entwicklungsphasen unterschied.⁴ Diese Phasen wurden exemplarisch in den Vereinigten Staaten durchlaufen und von Rostow als mögliche Stadien der Entwicklung auch in anderen Ländern betrachtet. Parsons postulierte eine universelle Entwicklung zur „Moderne“, deren Verwirklichung mehr oder minder dem Status quo der USA in den 1960er Jahre entsprach. Parsons differenzierte in einem

3 Paradoxerweise schien die neue Ideologie „Ideologiefreiheit“ zu propagieren: „All these lines of thinking [...] culminated in a thesis that probably captures best the political Zeitgeist of the 1950s and underlines the influential role of leftist Cold Warriors in shaping it: the ‚end of ideology‘.“ (Guilhot 2005: 46)

4 Im Detail differenziert Rostow (1960): Traditionelle Gesellschaften; Herausbildung der Vorbedingungen für einen *Take-off*; *Take-off*; *Drive to maturity*; Zeitalter hohen Massenkonsums.

schmalen Band, *Das System moderner Gesellschaften*, verschiedene Tendenzen und Gegentendenzen zu westlichen Gesellschaften. Die Gesellschaften Osteuropas gehörten für Parsons zu den „nachholenden Modernisierern“. Es sei nicht zuletzt die Industrialisierung gewesen, welche die Region einen Schritt näher an das westliche Modell gebracht habe.⁵

Almond und Verba (1963) setzten einen anderen Schwerpunkt und fokussierten in ihrer Studie auf die politische Kultur von Demokratien. Ihre Monographie *The Civic Culture* ist für Guillhot (2005: 104) eine der emblematischsten modernisierungstheoretischen Publikationsserien. Ihre Studie brachte eine kulturell orientierte Herangehensweise mit einem klar modernisierungstheoretischen Impetus in Einklang und dient auch heute noch als Vorbild für verschiedene Arbeiten (zum Beispiel Rose et al. 2006).

Für Almond und Verba – wie für andere Modernisierungstheoretiker auch, nicht zuletzt im heutigen Russland – ist im Rahmen der Modernisierung die Entwicklung von demokratischen Werten ein Beiprodukt, das sich ab einem gewissen Stadium des evolutionären Wandlungsprozesses herausbildet.

Dies wird auch deutlich bei Seymour Martin Lipset, der auf den Zusammenhang zwischen Demokratie und ökonomischer Modernisierung genauer eingeht. Die Erforschung dieser Beziehung blieb bis weit in die 1990er Jahre hinein ein zentrales Thema der politischen Soziologie (Diamond 1992: 453 ff.; Lipset, Seong, Torres 1993: 156; Maravall 1997). Das klassische Postulat von Lipset lautete dabei: „[T]he more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy“ (Lipset 1959: 75). Darauf aufbauende Analysen (Lipset et al. 1993; Maravall 1997) lieferten nicht selten ambivalente oder widersprüchliche Ergebnisse.

Eine Krise erlebten die Modernisierungstheorien in den 1970er Jahren. Guillermo O'Donnell gelang eine neo-marxistische, dependenztheoretische Kritik der Modernisierungstheorie. O'Donnells Entwicklung ist besonders interessant,

5 „Das Sowjetregime hat [...], trotz seines vorwiegend diktatorischen Charakters, viele Merkmale der demokratischen Revolution eingeführt. Viele Zuweisungskomponenten der älteren Gesellschaft sind eliminiert worden: Die Monarchie wurde sofort abgeschafft [...]. Die kommunistische Bewegung folgte der französischen Revolution in ihrem Antiklerikalismus und trieb ihn viel weiter als alle nicht-kommunistischen Länder [...]. Die Industrialisierung hat den traditionellen Lokalismus und Partikularismus weitgehend zurückgedrängt. Verstädterung, Bildung, geographische Mobilität und Statusmobilität haben stark zugenommen [...]. Die Prozesse deuten auf eine Verlagerung zur Staatsbürgerschaft (citizenship) innerhalb der gesellschaftlichen Gemeinschaft hin.“ (Parsons 1985: 158f.)

weil er mit dem Begriff des „Bürokratischen Autoritarismus“ *contra* Lipset zeigte, dass Modernisierung auch mit neuen Autoritarismen korrelieren könne. (Guilhot 2005)

Dankwart Rustow dagegen, in teils direkter Auseinandersetzung mit Lipset, schlug statt eines funktionalistischen Modells – in dem Demokratie die abhängige Variable ist – ein genetisches vor. Damit wurde Demokratie als unabhängig von Geschichte, Kultur oder sozioökonomischer Entwicklung und prinzipiell als in jedem Land möglich gedacht (Rustow 1970: 352). Rustow umriss eine bestimmte Sequenz der Transition. Zentral sei, dass der Übergang in einer Entscheidungsphase durch eine bewusste Hinwendung der politischen Eliten zur Demokratie beendet wird.⁶ Damit hatte Rustow einen akteurszentrierten, konflikttheoretischen Transitionsbegriff entwickelt. Dabei betonte er Lernprozesse über Handeln⁷ und legte die Grundlage für die in den 1980er Jahren aufkommende Politik der Demokratieförderung und für die sozialwissenschaftlichen Theorien der Transition. Wenn Rustow Gründungsvater der Transitologie war, so muss interessanterweise festgestellt werden, dass die Transitologie auch in teilweiser Antwort auf die Modernisierungstheorie entstanden ist.

1.4 VON DER MODERNISIERUNGSTHEORIE ZUR TRANSITIONSFORSCHUNG

In den 1980er Jahren nahmen die aus der *Old Left* entstandenen Neo-Konservativen auch das Feld der „Verteidigung der Menschenrechte“ für sich ein und verknüpften diese eng mit Demokratie als politischem System. Somit wurden die Politiken zur Unterstützung von Menschenrechten umgewandelt in Politiken zur Förderung von Demokratie. Damit war die *Old Left* wieder „im Geschäft“. Die Reagan-Administration stellte das entsprechende außenpolitische Umfeld und schaffte die nötigen Voraussetzungen für eine analoge ideologische und politische Auseinandersetzung. Insbesondere die Gründung des *National Endowment for Democracy*, 1983, markierte einen Sieg dieser „Kalten Krieger“ und die Professionalisierung der *Democracy Promotion Community*. (Guilhot 2005: 71ff.)

6 „[W]hat concludes the preparatory phase is a deliberate decision on the part of political leaders to accept the existence of diversity in unity and, to that end, to institutionalize some crucial aspect of democratic procedure.“ (Ibid. 355)

7 Bezugnehmend auf Festingers Theorie der kognitiven Dissonanz.

Was noch fehlte war eine wissenschaftliche Unterfütterung. Dabei wurde direkt Bezug genommen auf Rustow (1970) und auch Elemente der Modernisierungstheorie wurden revitalisiert (Cammack 1997). Doch den eigentlichen wissenschaftlichen Referenzrahmen lieferte die Entwicklung der Transitologie als eigenständige politikwissenschaftliche Subdisziplin.⁸

O'Donnell und Schmitter entwickelten ein Paradigma, das in den Folgejahren das vorherrschende Instrument für die Untersuchung von Demokratisierungsprozessen werden sollte. Am Woodrow Wilson Center entstand 1977 ein *Latin American Program*, das 1979 auf Initiative von O'Donnell und Schmitter das *Transitions Project* initiierte, zunächst als Reihe von Konferenzen, dann als vierbändiges Werk, mit dem die Transitionsforschung im engeren Sinne begründet wurde (O'Donnell & Schmitter 1986; Guilhot 2005: 138ff.; Reddaway & Gliniski 2001: 64ff.) und das einen Schulterschluss mit dem politischen Establishment bedeutete. Vordergründig mag diese Verbindung überraschen, da das *Latin American Program* eher liberale und linke Kräfte versammelte, bestätigt aber nur die oben beschriebene Allianz in Sachen Demokratieförderung: Indem die Transitologie einen graduellen Wechsel vorschlug, der die Interessen politischer und ökonomischer Eliten wahrte, ließ sie sich mit einer neokonservativ dominierten Außenpolitik verbinden.⁹

Ein weiteres, ganz zentrales Werk für die Transitionsdebatte ist das zehn Jahre nach O'Donnell und Schmitters Vierbänder entstandene *Problems of Democratic Transition and Consolidation* (Linz & Stepan 1996). Es teilt und akzentu-

8 „Confronted with the initial parts of the third wave – democratization in Southern Europe, Latin America, and a few countries in Asia (especially the Philippines) – the U.S. democracy community rapidly embraced an analytic model of democratic transition. It was derived principally from their own interpretation of the patterns of democratic change taking place, but also to a lesser extent from the early works of the emergent academic field of ‘transitology’, above all the seminal work of Guillermo O'Donnell and Philippe Schmitter.“ (Carothers 2002a: 6)

9 Im Vorstand saßen u.a. Fernando H. Cardoso und Albert O. Hirschmann. Das Transitions-Projekt lehnte aber die *via revolucionaria* ab und erteilte somit der radikaleren Linken eine klare Absage (Guilhot 2005: 143). „The political scientists of Transition became the scientific promoters of a gradual, nonrevolutionary, pro-business, economically orthodox conception of social and political change, which left intact – when it did not strengthen it – the power of established socioeconomic and political elites.“ (Ibid. 148)

iert den normativen Gehalt früherer Arbeiten,¹⁰ verfolgt konsequent den Ansatz der *Comparative Politics* und hat weiterhin einen starken Fokus auf die Akteure der Transition. Allerdings inkorporiert es auch strukturelle Elemente und kommt so teilweise der Forderung von Tiryakian (1991) nach einer „Modernisierungstheorie II“ nach, die sowohl Struktur als auch Akteure berücksichtigt.¹¹

Mit dem Zerfall des Ostblocks erlebte das Transitionsparadigma noch einmal einen gewaltigen Schub. Weitgehend unreflektiert wurden die Prozesse in Osteuropa in eine Reihe gestellt mit denen in Südeuropa und Lateinamerika und als „Dritte Welle“ der Demokratisierung zusammengefasst (Huntington 1991; Schmitter & Karl 1994). In die Debatte mischte sich nun auch eine Revolutionssemantik,¹² die manchen Neokonservativen missfallen haben dürfte, gerade in ihrer frappierenden Analogie zu kommunistischen Revolutions- und Transitionsannahmen: Die „Demokratische Revolution“ und die „Transition zur Demokratie“ glichen überraschend den sowjetischen Vorstellungen von „Kommunistischer Revolution“ und „Transition zum Kommunismus“ (Casula 2007; Guilhot 2002).

Das Transitionsparadigma begann also die sozialwissenschaftliche Landschaft,¹³ wann immer es um Osteuropa ging, zu beherrschen und spielt nach wie

10 „We adhere to the normative position that completed democratic transitions and democratic consolidations are desirable.“ (Linz & Stepan 1996: xiii)

11 Wobei es auch explizitere Versuche gab, die Modernisierungstheorie zu aktualisieren, zum Beispiel Lewin (1988).

12 „[H]igh-level U.S. officials were referring regularly to ‚the worldwide democratic revolution‘.“ (Carothers 2002a: 6)

13 Dies gilt im Übrigen auch für die russischen Politik- und Wirtschaftswissenschaften (Mart’janov 2004), mit Vertretern wie beispielsweise Vladimir Mau. Martjanov arbeitet heraus, wie nach der Realisierung der Mängel der Transitologie gerade hinsichtlich des russischen Falls sich zwei Schulen etabliert haben, die Alternativen postulieren: auf der einen Seite die „zivilisatorische“ Schule mit einer starken Betonung eines russischen Sonderweges – mögen die westlichen Werte auch universell sein, universell sind nicht die Wege oder Rezepte ihrer Realisierung (ibid. 7); auf der anderen Seite etablierte sich ein Paradigma der Globalisierung, oft verbunden mit Elementen der „Postmoderne“, das die Krise des Nationalstaates und der Moderne generell in den Vordergrund stellt (Kapustin 2001). In der russischen Wirtschaftswissenschaft kam es zu einer kleinen Renaissance der *shestidesyatniki*-Ökonomen: Strukturelle Charakteristika der russischen Wirtschaft wurden besonders berücksichtigt, die neoklassischen Modelle kritisiert und ein russischer Institutionalismus propagiert; emblematisch ist die Ökonomie des Übergangs von Valerij

vor eine wichtige Rolle. Kernannahme ist erstens, dass jedes Land, das sich von Autokratie wegbewegt, sich zugleich auch der Demokratie zuwendet. Dies impliziert einen teleologischen Übergang von einem Systemtyp zu einem anderen.

Zweitens erkennt das Transitionsparadigma immer die gleichen Sequenzen im Übergang zur Demokratie und interpretiert selbst Abweichungen von der Sequenz in der Terminologie der angenommenen Sequenz:

„[E]ven the deviations from the assumed sequence that they are willing to acknowledge are defined in terms of the path itself. The options are all cast in terms of the speed and direction with which countries move on the path, not in terms of movement that does not conform with the path at all.“ (Carothers 2002a: 7)¹⁴

Drittens misst das Paradigma Wahlen eine entscheidende Rolle bei. Sie würden der neuen Regierung nicht nur Legitimität verschaffen, sondern auch die politische Partizipation erhöhen. Wahlen werden zum Allheilmittel, zum Gründungsakt einer Demokratie und zu deren langfristigen Garanten. (Schedler 2002: 36)

Die vierte Annahme ist, wie bereits angedeutet, dass Demokratisierung praktisch in jedem Land eingeleitet werden kann, unabhängig von ökonomischen, kulturellen oder sozialen Faktoren. Die Entscheidung darüber liege lediglich bei den politischen Eliten des betreffenden Landes.

Fünftens wird vorausgesetzt, dass diese Prozesse im Rahmen funktionierender Staaten stattfinden. Die bei Rutsow (1970) beschriebene einzige Voraussetzung, *national unity*, sah man als gegeben. *Nation-building* und *State-building* wurden sträflich vernachlässigt. Hier waren die Transitologen noch zu stark an die Wurzeln ihrer neuen Disziplin gebunden: In Lateinamerika und Südeuropa fanden die Transitionen zur Demokratie unter einem weitgehend stabilen und

Radajev und Alexandr Buzgalin (für eine Diskussion der Entwicklung in den Wirtschaftswissenschaften s. Zweynert 2006).

- 14 Das erklärt auch die Entwicklung der Terminologie der „Demokratie mit Adjektiven“: Das Festhalten an der Transition und damit an ihrer Teleologie führte zu absurd anmutenden Wortschöpfungen wie „illiberale Demokratie“, „neopatrimoniale Demokratie“ oder gar „autoritäre Demokratie“, „Protodemokratie“ und „virtuelle Demokratie“ (s. dazu auch Collier & Levitsky 1997) – einmal in den Topf der Transitionsländer geworfen, gab es für kein Land ein Entrinnen: An den Konzepten von Demokratie und Demokratisierung wurde eisern festgehalten, obwohl die betreffenden Fälle mit Demokratie wenig zu tun hatten, ja, noch nicht einmal das Potenzial dazu aufzeigten.

gesicherten Staatsaufbau statt. Die Staaten Osteuropas und insbesondere der ehemaligen UdSSR verfügten aber nicht immer über diese Voraussetzung.

Die Krise des Ansatzes liegt dabei auf der Hand. Denn für viele Staaten ist „sich in Transition befinden“ zum einem (Dauer-)Zustand geworden (Nodia 2002: 14), was den eine Entwicklung beschreibenden Begriff der Transition *ad absurdum* führt. Diese Länder befinden sich in einer *Grauzone* (Carothers 2002a: 9), die sich nicht in den Begrifflichkeiten des Transitionsparadigmas fassen lässt.

Dennoch hält sich das Transitionsparadigma beharrlich. Demokratie nach westlichem Vorbild wird nach wie vor nicht nur als das Desideratum, sondern über kurz oder lang als das notwendige Ergebnis von Transformationsprozessen postuliert. Ungeachtet der Tatsache, dass es durchaus Kritik am Transitionsparadigma gab (Bunce 1995; Cohen 2000; Carothers 2002a), und dass diese Kritik auch teilweise berücksichtigt wurde (Ganse-Morse 2004),¹⁵ schwingt in der Analyse postkommunistischer Gesellschaften (nicht zuletzt in der Verwebung mit der Außenpolitik) der Duktus der Transitologie mit – (auch) wenn nicht explizit mit der Terminologie gearbeitet wird (Bonnell 1996; Shevtsova 2007).

15 Gans-Morse behauptet sogar, dass die Transitologie als führendes Paradigma ein Mythos sei. Dies kann aber nur Ergebnis einer selektiven Lektüre sein. Darüber hinaus muss unterschieden werden zwischen der Positionierung der akademischen Literatur, die viele Nuancen und Verfeinerungen des ursprünglichen Konzepts aufweisen mag, und jener der Außenpolitik und der sogenannten *democracy-aid practitioners*. So antwortete Carothers den Kritikern seines Artikels: „Guillermo O'Donnell charges me with shortchanging the scholarly literature on democratization, and he highlights different ways in which literature does not conform to the transition paradigm that I criticize. In fact, however, there is little real difference between us. My article does not target the scholarly literature on democratization; it is about a set of ideas that many democracy-aid practitioners arrived at and began to apply in the late 1980s and early 1990s. That set of ideas was not derived, as O'Donnell writes, ‚in good measure‘ from his 1986 book [...], *Transitions from Authoritarian Rule*. Rather, as I said in my article, democracy promoters derived the paradigm principally from their own interpretation of the patterns of democratic change taking place.“ (Carothers 2002b: 33) Es sollte vielleicht noch hinzugefügt werden, dass es viele Schnittmengen zwischen beiden Gruppen gibt und dass ein Großteil der US-amerikanischen aber auch der deutschsprachigen Politikwissenschaft mit ihrer traditionellen beziehungsweise wachsenden Nähe zur Politik das Transitionsmodell weiterhin in und mit sich trägt.

Dieses Beharrungsvermögen hat auch bestimmte Gründe. Das Fallenlassen des Paradigmas würde auch das Fallenlassen einer positiven Vision bedeuten und ein Infragestellen der Herangehensweise nahezu aller bisheriger Demokratisierungsprogramme, von Bosnien und Kosovo bis nach Afghanistan und Irak:

„It is hard to let go of the transitional paradigm, both for the conceptual order and for the hopeful vision it provides. [...] A whole generation of democracy aid is based on the transition paradigm, above all the typical emphasis on an institutional ‚checklist‘ as a basis for creating programs, and the creation of nearly standard portfolios of aid projects.“ (Carothers 2002a: 17f.)

Die Aufgabe des Transitions-Paradigmas bedeutet insbesondere, von anderen Voraussetzungen auszugehen und grundsätzliche Fragen anders zu stellen. Die „Grauzone“, in der sich viele Länder befinden, ist kein Durchgangsstadium, sondern eine anhaltende Realität und Normalität, mit der man sich wissenschaftlich und politisch auseinandersetzen muss.¹⁶ Letztlich geht es darum, diese *Grauzone* in eine andere wissenschaftliche Perspektive zu rücken.

1.5 WARUM DAS PARADIGMA NICHT FUNKTIONIERT: BEISPIEL RUSSLAND

Russland liefert ein gutes Beispiel, um die Probleme des Transitionsparadigmas aufzuzeigen. Bei der letzten Annahme beginnend, hat sich gezeigt, dass die Entwicklung Russlands, besonders zwischen 1991 und 2000, schwer belastet war durch *Stateness*-Probleme und Probleme in der Funktionsweise des Staates. Die Unabhängigkeitserklärungen Tatarstans (August 1990) und Tschetscheniens (November 1990) sind die deutlichsten Fälle. Während mit der erstgenannten Republik 1994 eine Verhandlungslösung gefunden werden konnte, kam es in Tschetschenien zu mehrjährigen blutigen Konflikten. Die Aufrechterhaltung der territorialen Integrität war eines der zentralen Anliegen der Putin-Administration. Zusätzlich vermochte der Zentralstaat in den 1990er Jahren nicht, zentrale Aufgaben zu erfüllen – teils aufgrund fehlender Mittel, teils aufgrund des weitverbreiteten administrativen Chaos. Verbreitet war auch die Gefahr des *State*

16 „The seemingly continual surprise and disappointment that Western political analysts express over the very frequent falling short of democracy in ‚transitional countries‘ should be replaced with realistic expectations about the likely patterns of political life in these countries.“ (Carothers 2002a: 18)

capture, nicht zuletzt angesichts des politischen Einflusses der „Oligarchen“, die durch dubiose Privatisierungen einen beachtlichen Machtgewinn zu verzeichnen hatten (Müller 2003: 1454). Schließlich hat das ressourcenbasierte Wachstum nach 2000 nicht zu effizienterer Regierungsführung und Demokratie beigetragen.

Hinsichtlich der vierten Annahme, der Unabhängigkeit von ökonomischen, kulturellen oder sozialen Faktoren, hat sich in Russland gezeigt, dass diese durchaus die politische Entwicklung beeinflusst haben. Der ökonomische Niedergang bis 1998 hat nicht nur dem Staat die ökonomischen Ressourcen entzogen, um Reformen erfolgreich umzusetzen, sondern auch die Demokratie nachhaltig delegitimiert, insbesondere aufgrund der Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung. Dies hat sicherlich ungünstige Voraussetzungen geschaffen für eine Transition. Kulturelle Argumentationen sind problematisch und entsprechende Forschungsergebnisse mehrdeutig. McFaul et al. (2004: 268ff.) zeigen, dass russische Respondenten in Umfragen sich insgesamt zu demokratischen Werten bekennen. Richard Pipes (2004) hält dagegen, dass die russische Bevölkerung traditionell zu autoritären Regierungsweisen neigt – und führt seinerseits andere Umfrageergebnisse an, die er historisch kontextualisiert. In dieser pauschalen Form kann die Argumentation von Pipes nicht überzeugen. Allerdings stellte der Mangel an demokratischen Vorerfahrungen, auch in den Bereichen Zivilgesellschaft und Parteiensystem,¹⁷ sicherlich ein weiteres Hindernis für die Demokratisierung dar.

Die Bedeutung von Wahlen hat sich in Russland ebenfalls nicht so manifestiert, wie in der dritten Annahme des Transitionsparadigmas postuliert. McFaul et al. (2004: 23ff.) betonen, dass in Russland alle vier Jahre rund 3'000 Wahlen auf verschiedenen Ebenen stattfinden. So hat es seit 1989 sieben Parlamentswahlen gegeben (zuletzt 2007), fünf Präsidentenwahlen (zuletzt 2008) und vier Referenda (je zwei 1991 und 1993). Das solle nicht unterschätzt werden. Eine Demokratie ist Russland deswegen aber noch nicht – und dazu muss noch nicht einmal auf die niedrige Partizipation der Bürger über die Wahlen hinaus verwiesen werden. Viel mehr Aufmerksamkeit müsste dem Umfeld der Wahlen gewidmet werden, wie beispielsweise die Wiederwahl El'cins 1996 belegt. Das damals gelegte, oder doch zumindest an Perfektion grenzend durchgeführte Muster sollte auch von Putin immer wieder kopiert werden: Die Ausschöpfung der „administrativen Ressourcen“ und die Manipulation der Medien lassen der Op-

17 „Divisions in Russian society, the lack of an integrative national identity, problems with organizational cohesion, and limited access to resources prevented the emergence of any broadly based social movement.“ (Weigle 2000: 85)

position kaum Chancen, von den Wählern überhaupt wahrgenommen zu werden. Dies hat sich bei allen Wahlen auf Föderationsebene bestätigt. Wie oft gefordert, müssen Wahlen nicht nur einen offenen Ausgang haben und frei und fair sein, sondern vor allem „bedeutungsvoll“ sein. Im Fall Russlands kommt hinzu, dass die mit wenigen Kompetenzen ausgestattete Duma, die schwache Regierung und generell das schwache Parteiensystem die Bedeutsamkeit der sonst so zentralen Parlamentswahlen einschränken. Längerfristig betrachtet stellt sich die Frage, ob Wahlen wie in Russland aufgrund ihres vorhersehbaren Ausganges überhaupt einen positiven Effekt auf ein wie auch immer geartetes demokratisches Bewusstsein haben können – oder eher Gegenteiliges bewirken.

Die zweite Annahme betrifft die Sequenz der Transition. Russland zeigt in Ansätzen die von Rustow und O'Donnell postulierten Sequenzen. Allerdings scheint das Land nie aus Rustows „Entscheidungsphase“ herausgekommen zu sein. Insbesondere fand aber kein Aushandlungsprozess im engeren Sinne zwischen den Eliten statt. Vielmehr manifestierte sich die Auseinandersetzung zwischen Elite und Gegenelite in Form von zwei Putschversuchen (1991 und 1993), die von El'cin im ersten Fall mit teilweiser Unterstützung der Bevölkerung, in zweiten Fall mit Waffengewalt gelöst wurden. Im Zusammenhang mit Gorbachëvs Perestroika kann durchaus von einer Liberalisierung gesprochen werden, doch die Demokratisierung, die folgen sollte, setzte sich nie durch. Das deutet nun bereits auf die schwerwiegende Problematik hinsichtlich der ersten und wichtigsten Annahme.

Die entscheidende Frage ist, ob Russland sich – dem Paradigma entsprechend – von einer autoritären Regierungsweise wegbewegt *und zugleich* auch einer liberalen Demokratie zuwendet. Bei der Beantwortung dieser Frage ergeben sich in der Literatur schwerwiegende Hindernisse, insbesondere, weil keine einheitliche Definition für „liberale Demokratie“ vorliegt. Die Transitologie hat als Referenzpunkt natürlich die westlichen Demokratien, mit allen Problemen, die dies mit sich bringt (Diamond 1999: 2ff.). Daran gemessen hat sich Russland augenscheinlich nicht zu einer Demokratie entwickelt.

Daher scheint es folgerichtig, auf einer wissenschaftlichen Ebene, die politische Entwicklung Russlands nicht mehr an den Maßstäben der liberalen Demokratie zu messen (als Erfüllung, teilweise Erfüllung oder eben Nicht-Erfüllung), sondern stattdessen, wie von Carothers (2002a: 18) empfohlen, sich der näherliegenden Frage zu widmen, nämlich schlicht: *What is happening politically?* Das bedeutet letztlich auch, Russlands Politik nicht einfach im Rahmen der Annahme einer gescheiterten Demokratie zu betrachten, sondern politische Prozesse auch unabhängig davon zu untersuchen.

Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit ist also die Feststellung der beschriebenen problembeladenen politischen Entwicklung in Russland und dessen weitgehende Stabilisierung sowie die Unfähigkeit vorherrschender Theorien, diese Stabilisierung eines undemokratischen Systems zu begreifen. Daraus ergeben sich folgende Kritikpunkte:

- Die Transformationsforschung ist zu stark auf einen teleologischen politischen Wandel hin zur Demokratie fixiert und scheitert naturgemäß daran, ein stabiles Regime mit autoritären Zügen zu erfassen;
- Zu sehr fokussiert sie auf die vermeintlichen Akteure der Transformation, denen a priori feste Identitäten zugeschrieben werden (vormals: „Reformer“, „Hardliner“, „Demokraten“; heute: „Liberale“, „*Siloviki*“) oder auf Institutionen, deren formale und informelle Dimensionen jedoch auseinander klaffen (Stichwort: Wahlen);
- Zu sehr herrschen normative Konzepte von Demokratie und Demokratisierung vor, die den Blick auf das Politische behindern.

Wie also diese neue, undemokratische Stabilität begreifen? Wie die „Festigkeit“ und scheinbare Kohärenz des Regimes einschätzen? In der vorliegenden Arbeit soll ein neuer Weg beschritten werden, der sich nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung zu den klassischen sozialwissenschaftlichen Ansätzen versteht. Diesem Versuch, einen alternativen Weg zu beschreiten, liegt die Überzeugung zugrunde, dass Diskurs- und Hegemonietheorie beitragen können, andere Aspekte des Transformationsprozesses zu beleuchten oder zumindest in einem anderen Licht zu betrachten. Was folgt ist daher ein Überblick über die wichtigsten Begriffe der Diskurstheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, die für diese Arbeit als besonders relevant und untersuchungsleitend angesehen werden.

